

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Schwelm, Loher Str. 9, 58332 Schwelm

Stadt Schwelm
Bürgermeister Jochen Stobbe
Hauptstr. 14
58332 Schwelm

Eleonore Lubitz
Fraktionsvorsitzende
Loher Str. 9
58332 Schwelm
Telefon 0157 / 89256300
eleonore.lubitz@die-linke-en.de

juergen.feldmann@die-linke-en.de
stellvertr. Fraktionsvorsitzender

Sparkasse Schwelm
Kto-Nr. 39 636
BLZ 454 515 55

Ausstieg aus der Atomernergienutzung – Erneuerbare Energien fördern und ausbauen

Schwelm, den 9. Mai 2011

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Schwelm stellt zur nächsten Sitzung des Rates folgenden Beschlussvorschlag:

Ausstieg aus der Atomernergienutzung – Erneuerbare Energien fördern und ausbauen

1. Der Rat der Stadt Schwelm bittet seine Vertreterinnen und Vertreter im Aufsichtsrat der AVU Aktiengesellschaft für Versorgungs-Unternehmen, darauf hinzuwirken, dass das Unternehmen umgehend:
 - a) einen Ausstiegsplan für den Atomanteil in ihrem Energiemix ausarbeitet und an der Börse keinen Atomstrom mehr einkauft und die AVU Netz GmbH die Durchleitung von Atomstrom sperrt.
 - b) ein konkretes Zieldatum vorlegt, bis wann die AVU Aktiengesellschaft für Versorgungs-Unternehmen auf 100% Erneuerbare Energien umsteigen wird (Richtwert: 2030, spätestens 2050). Ein Plan zur Erreichung dieses Ziels sollte schnellstmöglich veröffentlicht werden.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert den Ausbau erneuerbarer Energien und die weitere Energieeinsparung massiv zu fördern und ein Konzept vorzulegen, wie dies schnellstmöglich in den Gebäuden öffentlicher Hand umgesetzt werden kann.

Begründung

Tausende Menschen demonstrieren im EN-Kreis und im Umfeld derzeit für den entgeltigen Ausstieg aus der Atomernergie, denn fast 25 Jahre nach dem verheerenden Unglück von Tschernobyl erlebt die Welt wieder ein fürchterliches Unglück in dem japanischen Atomkraftwerk Fukushima. Sicherheitstheorien haben bisher ein solches Ereignis ausgeschlossen und Sicherheitspläne ein solches Ereignis daher nicht eingeschlossen. Katastrophen- und Evakuierungspläne sind angesichts der wirklichen Ereignisse nur Papier. Die Atomkonzerne haben aus den bisherigen Havarien nicht gelernt, die Haftpflichtdeckung für Kraftwerksbetreiber ist immer noch nicht ausreichend, wie zahlreiche Wissenschaftler u. a. vom DIW und Helmholtz-Zentrum monieren.

Eine Steigerung der Krebsraten seit Tschernobyl ist weltweit zu verzeichnen gewesen, das wird sich nach Fukushima noch verstärken.

Die Endlagerung für verbrauchte Brennelemente und atomaren Müll ist nirgendwo gelöst. Die Zwischenlagerung und die entsprechenden Transporte sind mit hohen Risiken verbunden. Die katastrophalen Verhältnisse in der Grube Asse und die absehbar milliarden schweren Kosten für den Versuch, die Risiken und Schäden zu begrenzen, sind eine ernste Warnung. Die derzeit betriebenen AKW sind in ihrer Mehrzahl überdies technisch veraltet (z.B. analoge Steuerung, Materialermüdung usw.). Der Weiterbetrieb setzt die Bevölkerung einem steigenden Katastrophenrisiko aus, bürdet vielen Generationen nach uns noch mehr strahlenden Atommüll auf, ermutigt Akteure in anderen Ländern zum Ausbau dieser Risikotechnologie.

Der Verein "**Virtuelles und reales Lern- und Kompetenz-Netzwerk älterer Erwachsener**" - **ViLE e.V.**, stellte letztes Jahr mehrere Anfragen bezüglich der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken und erhielt u. a. auf die Frage:

Welche Mengen hochstrahlender Abfälle sind in den vergangenen Jahrzehnten durch den Betrieb der AKW's erzeugt worden, wo werden diese aufbewahrt und welche Mengen kommen bei einer Laufzeitverlängerung hinzu?

folgende Antwort:

Bis zum 31. Dezember 2009 sind in Deutschland insgesamt etwa 13.100 Tonnen bestrahlte Brennelemente aus Kernkraftwerken angefallen. Aus dem weiteren Betrieb der Kernkraftwerke entsprechend dem geltenden Atomgesetz werden noch ca. 4.000 Tonnen, durch die vorgesehene durchschnittliche Laufzeitverlängerung von 12 Jahren ca. 4.400 Tonnen weitere bestrahlte Brennelemente anfallen.

Von den bis heute angefallenen bestrahlten Brennelementen (13.100 Tonnen) wurden etwa 6.700 Tonnen zur Wiederaufarbeitung abgegeben. Hieraus müssen insgesamt 129 Behälter mit verglasten hochradioaktiven Abfällen zurückgenommen werden, die schon jetzt bzw. in Zukunft im Zwischenlager Gorleben aufbewahrt werden. Weitere etwa 150 Behälter aus Frankreich enthalten mittelradioaktive hochdruckverpresste oder verglaste Abfälle, die im Zwischenlager Ahaus oder Gorleben gelagert werden sollen.

Insgesamt müssen etwa 10.400 Tonnen bzw. bei einer Laufzeitverlängerung von durchschnittlich 12 Jahren 14.800 Tonnen bestrahlte Brennelemente endgelagert werden (direkte Endlagerung). Die bestrahlten Brennelemente aus dem Betrieb der Kernkraftwerke lagern - nach dem Verbot der Abgabe an eine Anlage zur Wiederaufarbeitung im Jahr 2005 - an den jeweiligen Standorten der Kernkraftwerke (standortnahe Zwischenlager). Einige wenige Behälter lagern auch in den Zwischenlagern Gorleben und Ahaus. Bestrahlte Brennelemente aus den Kernkraftwerken in der ehemaligen DDR lagern im Zwischenlager Nord in der Nähe von Greifswald.

Die bestrahlten Brennelemente und verglasten hochradioaktiven Abfälle (Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle) müssen etwa 40 Jahre zwischengelagert werden, damit ihre Wärmeleistung soweit abklingen kann, dass sie endgelagert werden können. Vorwiegend für diese Art der Abfälle soll der Salzstock Gorleben auf seine Eignung weiter untersucht werden.

Für alle anderen Arten von radioaktiven Abfällen (radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung) wird derzeit das Endlager Konrad errichtet. Im Endlager Konrad können entsprechend des Planfeststellungsbeschlusses insgesamt 303.000 Kubikmeter radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung eingelagert werden. Zurzeit sind in Deutschland etwa 100.000 Kubikmeter entsprechende Abfälle vorhanden, insgesamt wird bis etwa 2080 von einer Menge von etwa 280.000 Kubikmeter ausgegangen; hierzu wären etwa weitere 10.000 Kubikmeter bedingt durch die geplante Laufzeitverlängerung zu addieren.

Die Laufzeitverlängerung behindert massiv den Ausbau von erneuerbaren Energien und benachteiligt auf einschneidende Weise die kommunalen energiewirtschaftlichen Akteure. Auch das neu gegründete Stadtwerke-Konsortium Rhein-Ruhr wird davon betroffen sein. Dies darf auch den Rat der Stadt Schwelm nicht unberührt lassen, denn auch die Stadt Schwelm könnte durch das Stadtwerke-Konsortium profitieren.

Mit freundlichem Gruß

Eleonore Lubitz
Fraktionsvorsitzende

Jürgen Feldmann
stellvertretender Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Schwelm